



Sprechzettel

Jochen Homann

Präsident der Bundesnetzagentur

Es gilt das gesprochene Wort

Bonn, 8. März 2015, 18.00 Uhr

Kanzelrede in der Kreuzkirche

„Denn es ist nichts verborgen, das es nicht offenbar werde, und ist nichts Heimliches, das nicht hervorkomme. Wer Ohren hat, zu hören, der höre!“

(Markus 4,22 und 23)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Reden halten gehört zum Alltag des Präsidenten der Bundesnetzagentur. Eine Rede an einem Sonntag von der Kanzel der Kreuzkirche in Bonn ist jedoch etwas ganz Besonderes für mich. Und es ist auch besonders, dass eine Rede von mir von Musik umrahmt wird. Deshalb zunächst ein herzlicher Dank an alle, die diese Kanzelrede ermöglicht haben. Und ebenso danke ich Ihnen allen, die Sie heute möglicherweise auf den Tatort im Fernsehen verzichten und stattdessen in die Kreuzkirche gekommen sind.

Meine Damen und Herren,

als ich gefragt wurde, ob ich bereit wäre, den Versuch zu wagen, eine Brücke von einem Bibelzitat zu dem zu schlagen, was mich in meinem beruflichen Alltag beschäftigt, habe ich zunächst gezögert. Welche Hinweise zur Energiewende oder zum Ausbau des Internets lassen sich aus der Bibel ableiten? Dann kam mir aber der Gedanke, dass viele Debatten rund um die Energiewende schnell den Charakter von Auseinandersetzungen um den rechten Glauben annehmen, während Vernunft und Wissen gelegentlich auf der Strecke bleiben. Ich fand es plötzlich reizvoll, diesen Gedanken einmal weiter zu spinnen. Zumal sich die Kirchen ja an den energie- und klimapolitischen Diskussionen sehr aktiv beteiligen. Wie Sie sich vielleicht erinnern, saßen nach Fukushima auch Vertreter der beiden großen christlichen Kirchen 2011 als Mitglieder der Ethik-Kommission mit am Tisch. Dort wurde die Energiewende in großer Einigkeit als Gemeinschaftswerk beschrieben, das nur gelingen kann, wenn Egoismen zurück gestellt werden und das gemeinsame Ziel Leitschnur für alle ist.

Meine Damen und Herren,

Anknüpfungspunkt für die Kanzelrede soll eine Bibelstelle sein. Ich habe lange überlegt und – ein kleiner Nebeneffekt – seit langem wieder einmal in der Bibel geblättert und geforscht. Ich hätte mich auf die Genesis (1. Buch Mose) beziehen können, in dem sich das berühmte Zitat findet: „Und Gott sprach: Es werde Licht! Und es ward Licht.“ Wenn es doch so einfach wäre mit der Energiewende!

Ich habe mich stattdessen für ein Zitat aus dem Markus-Evangelium entschieden. Dort heißt es im 4. Kapitel, Vers 22 und 23: „Und Jesus sprach zu ihnen: Zündet man auch ein Licht an, damit man es unter den Scheffel oder unter einen Tisch

absetze? Mitnichten, sondern dass man es auf einen Leuchter setze. Denn es ist nichts verborgen, das es nicht offenbar werde, und ist nichts Heimliches, das nicht hervorkomme. Wer Ohren hat, zu hören, der höre!“

Im Gleichnis vom Licht im Markus-Evangelium geht es um den Glauben, der leuchten soll. Es geht darum, für seinen Glauben und seine Überzeugungen einzutreten. Denn er ist nicht heimlich und lässt sich nicht verbergen. Jetzt werden Sie fragen: Was hat das denn mit der Energiewende zu tun? Die Menschen in Deutschland stehen doch fest im Glauben an die Energiewende und bekennen sich dazu. Jede Umfrage bestätigt dies mit großer Mehrheit. In Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft gibt es doch unzählige Jünger der Energiewende, die die „frohe Botschaft“ ins Land tragen und unter die Menschen bringen. Also gehört doch kein besonderer Mut dazu, für die Energiewende einzutreten und sich dazu zu bekennen. Das ist soweit sicher richtig.

Aber es gehört schon einiger Mut dazu, auch die unangenehmen Wahrheiten und Nebenwirkungen der Energiewende offenbar zu machen, sie ins Licht zu stellen. Diese Art der Transparenz gefällt längst nicht jedem. Aber sie ist notwendig, wenn die Energiewende zum Erfolg und nicht zum Fiasko werden soll. Lassen Sie mich drei dieser unangenehmen Wahrheiten aussprechen.

Erstens: Die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif. Milliardeninvestitionen in Windräder, Solardächer und Biogasanlagen müssen finanziert werden. Die Stromkunden – also wir alle – fördern den Ausbau erneuerbarer Energien derzeit mit jährlich über 20 Mrd. Euro in Form der sog. EEG-Umlage. Sie beträgt aktuell übrigens 6,17 Cent je verbrauchter Kilowattstunde. Das ist ein Fünftel des Strompreises von 30 ct/kwh für einen Privathaushalt. Wenn man mal einen Jahresverbrauch von 3.000 Kilowattstunden für einen durchschnittlichen Haushalt zugrunde legt, frisst die EEG-Umlage immerhin einen Betrag von 200 Euro. Die gemeinsame Finanzierungsanstrengung für die Förderung erneuerbarer Energien lässt sich nur rechtfertigen in der Erwartung, dass sich dies langfristig auszahlt in mehr Klimaschutz, größerer Versorgungssicherheit und preiswerter Energiegewinnung. Daraus ergibt sich aber sofort eine weitere Frage. Nämlich die, ob es gerecht ist, der heutigen Generation die Kosten der Energiewende aufzubürden und die nächsten Generationen die Vorteile ernten zu lassen. In der Rentenpolitik führen wir genau die umgekehrte Diskussion.

Dort gibt es die Sorge, dass sich die heutige Generation auf Kosten der nachkommenden Generationen absichert.

Zweitens: Wenn gesicherte Leistung aus ständig verfügbaren konventionellen Kraftwerken durch schwankende Einspeisung aus Wind- und Solarenergie ersetzt wird, bröckelt zwangsläufig die Versorgungssicherheit. Es ist nicht mehr ohne weiteres sicher, dass der Strom immer da ist, wenn wir ihn brauchen. Und allein mit mehr Energieeffizienz und weniger Energieverbrauch lässt sich dieses Auseinanderdriften von Stromerzeugung und Stromverbrauch nicht ausgleichen, auch wenn noch längst nicht alle Effizienz-Potentiale ausgeschöpft sind. Auch mit mehr Flexibilität beim Stromverbrauch geht es nicht, obwohl hier noch ungenutzte Potentiale schlummern, die wir erschließen müssen. In der Schöpfungsgeschichte der Bibel heißt es zwar: „Seid fruchtbar und mehret Euch und füllt die Erde und macht sie Euch untertan.“ Sonne und Wind ordnen sich aber nicht dem Willen des Menschen unter, auch nicht dem Willen besonders gutmeinender Menschen! Deshalb muss die im Tages-, Wochen- und Jahresverlauf schwankende Erzeugung von Strom aus Wind und Sonne durch stetig verfügbare konventionelle Erzeugung aus Kohle und Gas abgesichert werden – jedenfalls solange wir weit von technisch und wirtschaftlich nutzbaren Speichern entfernt sind. Dabei hat die Verstromung von Kohle derzeit einen klaren Kosten- und Preisvorteil gegenüber dem Verfeuern von Gas. Deshalb produzieren Kohlekraftwerke fleißig Strom, während immer mehr der emissionsärmeren Gaskraftwerke stillgelegt werden. Sie haben es vielleicht gelesen: In der vergangenen Woche hat die Ankündigung viel Unruhe ausgelöst, dass die Betreiber des modernsten Gaskraftwerks in Bayern – Irsching 5 – dessen Stilllegung planen. Mit anderen Worten: Ob wir das gutheißen oder nicht, Atomstrom wird zum Teil durch Kohlestrom ersetzt – nicht weil böse Konzerne dies wollen, um die Energiewende in Misskredit zu bringen, sondern weil der Wettbewerb sie dazu zwingt. Unbeabsichtigte aber vorhersehbare Folge: Die CO²-Emissionen in Deutschland nehmen zu und der Druck auf die Politik steigt, Kohlekraftwerke mit staatlichem Druck aus dem Markt zu drängen. Gibt sie dem Druck nach, würden wohl die Strompreise, die an der Börse extrem niedrig sind, wieder steigen. Aber es ist mehr als zweifelhaft, ob dann deutsche Gaskraftwerke die Lücke füllen. Vermutlich würde mehr Strom nach Deutschland importiert. Das könnte Kohlestrom aus Polen und Atomstrom aus der Tschechischen Republik sein. Für den Klimaschutz wäre damit nichts gewonnen.

Drittens: Wenn im Norden viel Windenergie erzeugt und im Süden Kernkraftwerke stillgelegt werden, werden Stromleitungen für den Nord-Süd-Transport gebraucht. Was wir hier derzeit erleben, ist ein Trauerspiel. Von einem Gemeinschaftswerk im christlichen Geist kann beim Infrastrukturausbau keine Rede sein. Blanker regionaler Egoismus und Realitätsverweigerung verhindern die notwendige Ertüchtigung der Infrastruktur für die Energiewende. Um zu illustrieren, worum es geht: Im Norden und Nordosten unseres Landes entstehen an Land und auf See erhebliche Kapazitäten, mit denen Windstrom erzeugt wird – Kapazitäten, die den regionalen Strombedarf in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg bei weitem übertreffen. Das ist keine sinnlose Überproduktion von Strom, denn dieser Strom wird im Süden und Südwesten dringend gebraucht. Dort fehlt Strom, denn dort steht die Masse der bis 2022 noch abzuschaltenden Kernkraftwerke. Die logische Lösung: Der im Norden vorhandene Strom wird nach Süden transportiert. Das ist übrigens auch die kostengünstigste Lösung – billiger als Bau und Betrieb neuer Gaskraftwerke im Süden. Die traurige Wirklichkeit: Im Stromnetz gibt es schon heute erhebliche Engpässe zwischen Nord und Süd, die den Transport verhindern. Und es gibt eine unheilige Allianz von Protestbürgern und populistischen Politikern, die dafür sorgt, dass diese Engpässe nicht beseitigt werden. Wie reagieren die Netzbetreiber? Sie sind gesetzlich verpflichtet, für ein stabiles Stromnetz zu sorgen. Um dieser Pflicht gerecht zu werden, sind sie gezwungen, immer häufiger in den Kraftwerksbetrieb einzugreifen, damit es wegen der Netzengpässe nicht zum Systemzusammenbruch kommt – zum gefürchteten Blackout. Was tun sie konkret? Sie weisen Stromproduzenten im Norden – darunter auch Erzeuger von sauberem Windstrom – an, Strom, den diese bereits verkauft haben, nicht zu erzeugen und entschädigen sie dafür. Die Rechnung dafür schicken sie den Stromkunden – also uns allen. Im Gegenzug weisen sie teure Reservekraftwerke in Süddeutschland, aber auch in Österreich, Italien und in der Schweiz an, diesen Ausfall auszugleichen. Auch das wird natürlich bezahlt und zwar am Ende von allen Stromkunden. Die Zahl solcher Notmaßnahmen zur Stabilisierung des Stromnetzes hat sich von 2010 bis 2014 mehr als verfünffacht. Sie verschlingen derzeit jährlich einen dreistelligen Millionenbetrag mit rasch steigender Tendenz. Und die Fachleute wissen: Werden die Netzengpässe nicht beseitigt, droht ein zwischen Nord und Süd zweigeteiltes Stromland Deutschland.

Was hat die Bundesnetzagentur mit alldem zu tun? Nun, zunächst für alle, die vielleicht noch nie von dieser Agentur gehört haben: Sie haben alle täglich mit uns zu tun, wenn Sie telefonieren, das Internet nutzen, Briefe schreiben oder verschicken, mit der Bahn fahren, mit Gas heizen oder kochen oder Strom nutzen. Die Bundesnetzagentur sorgt nämlich dafür, dass marktmächtige Unternehmen wie die Deutsche Post, die Deutsche Telekom und die Deutsche Bahn und Monopolisten wie die Betreiber von Stromnetzen und Gaspipelines ihre Preise nicht zulasten der Kunden beliebig erhöhen können. Die Bundesnetzagentur ist auch verantwortlich für wichtige Teilaspekte und Rahmenbedingungen der Energiewende. Dies gilt insbesondere für Fragen des Ausbaus der Stromnetze und für den Schutz des hohen Niveaus der Versorgungssicherheit in Deutschland.

Meine Damen und Herren,

Energie- und Klimapolitik ist wahrscheinlich in keinem Land der Erde so sehr Spiegel eines weit verbreiteten Lebensgefühls und emotional so aufgeladen wie in Deutschland. In dieser Energie- und Klimadiskussion haben sich viele Positionen über Jahrzehnte verfestigt. Positionen, die bis Fukushima nicht auf den Prüfstand der Realität gestellt wurden, haben über die Jahre den Status religionsähnlicher Wahrheiten erlangt. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die den Ausstieg aus der Kernenergie gefordert haben und im Gegenzug die enormen Chancen des Umstiegs auf Erneuerbare betonen, dabei aber mögliche Umstiegsprobleme nicht sehen oder nicht sehen wollen. Auf der anderen Seite finden sich diejenigen, die vom „Alten Testament“ der Energiepolitik nicht ablassen wollen und deshalb in den technischen und ökonomischen Herausforderungen der Energiewende unermessliche wirtschafts- und gesellschaftspolitische Höllenqualen in Gestalt flächendeckender Stromausfälle oder unbezahlbarer Strompreise auf uns zukommen sehen. Beide Seiten müssen jedoch begreifen: Mittlerweile ist die Energiewende nicht mehr eine Frage des Austausches von Glaubenspositionen ohne Realitätscheck, sondern eine Frage der konkreten Umsetzung und damit auch einer Überprüfung von energiepolitischen Glaubenspositionen an der Wirklichkeit. Viele haben das erfreulicherweise auch begriffen. Ich erinnere mich noch lebhaft an meinen ersten Auftritt als Energiestaatssekretär bei einer gemeinsamen Veranstaltung zivilgesellschaftlicher Organisationen in einer Berliner Kirche – ich glaube, es war 2009. Ich war als Gastredner eingeladen und wurde dann dem Publikum von einem Vertreter von „Brot für die Welt“ als

„Repräsentant des stromindustriellen Komplexes“ vorgestellt. So etwas wäre heute undenkbar, weil die Atmosphäre zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft sich deutlich entspannt hat. Und das ist gut so!

Der Beschluss, dass wir bis 2022 aus der Kernenergie aussteigen wollen und gleichzeitig massiv den Ausbau der Erneuerbaren Energien voran treiben, steht ohne Wenn und Aber. Ich kann mir keine politische Konstellation vorstellen, die daran etwas ändern würde. Aber nur weil die Grundentscheidung zur Energiewende gefallen ist, heißt das noch lange nicht, dass Energiepolitik sich nicht weiterhin in diesem Spannungsverhältnis des politisch und gesellschaftlich Gewünschten, des ökonomisch Vernünftigen und des technisch Erforderlichen bewegen würde.

Meine Damen und Herren,

das Evangelische Forum hat sein Frühjahrsprogramm unter das Motto gestellt „Phantasie ist wichtiger als Wissen, denn Wissen ist begrenzt“. Dieser kluge Satz stammt von Albert Einstein und wir alle wissen, Einsteinsche Phantasie hat zu mehr Wissen geführt. Und ebenso hat die Phantasie von Atomkraftgegnern und Klimaschützern viel von dem Wissen hervor gebracht, das uns heute die Energiewende ermöglicht. Aber wir stellen auch fest, dass der Weg in eine klimaschonende, nachhaltige Stromversorgung steiniger ist, als dies vielleicht manch energiepolitischer Visionär wahrhaben will. So wird die Energiewende plötzlich kompliziert und zur Herausforderung für Phantasie und Wissen. Die Energiewende ist nicht widerspruchsfrei zu haben. Und sie wird auch nicht gelingen, wenn wir nicht ehrlich miteinander sind und wenn mit verdeckten Karten gespielt wird. Was meine ich damit? Nur zwei Beispiele:

Ich denke, längst nicht alle, die ein Windrad errichten oder sich Solarpanels aufs Dach schrauben lassen, treibt die Sorge um das Klima um. Die meisten können schlicht rechnen und sehen den wirtschaftlichen Vorteil für sich. Ähnliches gibt es auch auf Seiten der großen Energieerzeuger. Sie beschwören die Gefahr für die Versorgungssicherheit, wenn immer mehr konventionelle Kraftwerke in die roten Zahlen geraten und stillgelegt werden. Aber dahinter steht auch vielfach der Versuch, unrentable Kraftwerke auf Kosten der Allgemeinheit zu erhalten, selbst wenn diese keinen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten.

Meine Damen und Herren,

wir haben in Deutschland nicht nur eine Energiewende, sondern außerdem 16 Energiewenden in den 16 Bundesländern und unzählige weitere Energiewenden auf regionaler und lokaler Ebene. Leider passen die nicht zusammen!

Einige Kommunen erklären sich für autark, obwohl sie es nicht sind und niemals sein werden. Einige Bundesländer betrachten die Energiewende nur unter dem Aspekt wie sie möglichst viel von dem vermeintlichen Kuchen als regionale Wertschöpfung für ihr Land erbeuten können. Es finden sich immer auch wissenschaftliche Gutachter, die die Illusion nähren, eines der größten Industrieländer der Welt könne seine Energieerzeugung dezentral und ohne neue Stromleitungen organisieren. Sehr beliebt ist auch die – falsche – Behauptung, Stromtrassen würden in Wahrheit nur gebaut, damit die Unternehmen aus der alten Energiewelt weiterhin möglichst viel Braunkohlestrom verkaufen können. Diese Behauptung findet sogar in Regionen Widerhall, wo es weit und breit kein Braunkohlekraftwerk gibt. Was bei den Bürgern hängen bleibt, ist die willkommene – aber falsche – Botschaft, Stromleitungen seien verzichtbar, die Energiewende verlange ihnen nichts ab. Dieser Irrglaube schürt den Widerstand gegen notwendigen Infrastrukturausbau vor Ort und gefährdet den Erfolg der Energiewende. Wo Aufklärung Not täte, scheuen politisch Verantwortliche den Konflikt mit ihren Wählern und setzen sich aus Angst vor ihren Bürgern an die Spitze von Protestbewegungen – im Extremfall sogar gegen Beschlüsse, die sie selbst mit zu verantworten haben, wie z.B. beim Stromleitungsbau.

Nach unseren neuesten Berechnungen werden wir bis zum Jahr 2024 fast 2400 km neuer Leitungen und rund 3400 km Netzverstärkungen brauchen. Das ist das größte Infrastrukturprojekt seit der Wiedervereinigung und wahrscheinlich auch eines der größten Infrastrukturprojekte in der Geschichte der Bundesrepublik. Und das zu einer Zeit, in der jede Ortsumgehungsstraße Anlass zur Gründung einer Bürgerinitiative sein kann und in der der Neubau eines Bahnhofs in Stuttgart unser Land wochenlang in Atem gehalten hat. Ich habe noch keinen fachlich überzeugenden Vorschlag gehört, der dazu führen würde, dass wir die Netze nicht brauchen. Insbesondere der Traum einer komplett dezentralen Stromversorgung hat mit der Realität nichts zu tun. Wir können Großstädte wie Hamburg oder München oder industrielle Ballungsräume wie Rhein/Ruhr oder den Südwesten

nicht mit Solarpanels und einigen Windrädern versorgen. Der Strom wird in großindustriell erzeugten Anlagen weit draußen auf der Nordsee und in großen Windparks in Nord- und Nordostdeutschland erzeugt werden müssen und über leistungsfähige Leitungen zu den Verbrauchsschwerpunkten transportiert werden müssen. In der öffentlichen Diskussion sind diese unangenehmen Konsequenzen des Umbaus unserer Energieversorgung allerdings mitunter schwer zu vermitteln. Und Basta-Politik im Sinne von „Wer A sagt – Ausstieg aus der Kernenergie und Ausbau der Erneuerbaren – muss auch B sagen – Ausbau des Stromnetzes“ wäre gewiss der falsche Weg.

Die Menschen haben konkrete Fragen. Zum Beispiel: Wird mein Grundstück nach dem Bau einer in Sichtweite verlaufenden Leitung weniger wert sein? Hier speist sich Widerstand aus handfesten ökonomischen Interessen. Es geht vielfach schlicht um Entschädigungszahlungen und Änderungen der Praxis, nach der Entschädigungen ermittelt werden. Darüber hinaus gibt es in ökonomischen Fragen fast immer Gewinner und Verlierer. Wer das Gefühl hat, nur die Lasten zu tragen, fühlt sich schnell als Zaungast oder Opfer der Energiewende. Dies gilt für manche Regionen in der Mitte Deutschlands. Dort wird weder ein Überschuss an Strom produziert, noch werden Leitungen gebraucht, um Strom herbei zu schaffen. Aber durch diese Regionen werden die Nord-Süd-Leitungen verlaufen. Andere Fragen der Bürger sind eher technischer Natur: Brauchen wir diese Leitung wirklich? Wieviel Erdkabel, wieviel Freileitung? Oder: Wie wirken sich elektromagnetische Felder auf die Gesundheit meiner Kinder aus? Gerade bei dieser Frage geht es um sehr konkrete Ängste, die man nicht einfach ignorieren oder unter Hinweis auf bestehende Grenzwerte vom Tisch wischen darf. Diese Ängste sind ein ernstzunehmender Faktor in der Debatte. Menschen können diese Risiken oft nicht selber bewerten. Aus der Wissenschaft kommen keine eindeutigen Signale. Auf solche diffusen Ängste reagieren sie deshalb verständlicherweise misstrauisch und ablehnend. Politik und Behörden müssen diese Ängste ernst nehmen. Es ist nicht klug, Befürchtungen unter Verweis auf juristische Vorgaben oder technische Zwangsläufigkeiten kurzerhand als unbegründet zurückzuweisen oder gar die Bürger für ihre Ängste zu belächeln.

Die Bürger haben vielmehr einen Anspruch darauf, dass Politik und Verwaltung den Dialog mit ihnen suchen und im Gespräch argumentieren, statt von oben zu entscheiden – und sie mit einem Rechtsbehelfshinweis abzuspeisen. Je mehr die

Bürger das Gefühl haben, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wird, desto mehr Widerstand regt sich. Ein hohes Maß an Transparenz und Kommunikation mit der Öffentlichkeit wird daher zunehmend zum Pflichtprogramm staatlichen Handelns – übrigens auch in einer verständlichen Sprache und nicht im Behörden-Jargon. Von den staatlichen Institutionen wird völlig zu Recht Transparenz eingefordert. Staatliche Institutionen müssen die Beweggründe ihrer Entscheidungen transparent machen. Auf längere Sicht lassen sie sich ohnehin nicht verheimlichen, wie zahlreiche politische Skandale zeigen.

„Denn es ist nichts verborgen, das es nicht offenbar werde, und ist nichts Heimliches, das nicht hervorkomme.“ Nur totalitäre Staaten lieben Intransparenz.

Transparentes staatliches Handeln ist ein wichtiger Bestandteil der demokratischen Verfassung eines Gemeinwesens. Erst wenn der Bürger eine Vorstellung der Abwägungsprozesse hat, die einer Entscheidung vorangehen, kann er nachvollziehen, wie die Entscheidung zustande gekommen ist. Erst dann besteht eine Chance, dass der betroffene Bürger die Entscheidung akzeptieren kann – auch wenn sie ihn belastet. Funktionierende Kommunikation des Staates mit seinen Bürgern ist dabei ein sich langsam entwickelnder Prozess.

Die Bundesnetzagentur nimmt diesen Auftrag als Genehmigungsbehörde für den Stromnetzausbau sehr ernst. Wir bemühen uns, umfassend und frühzeitig über die Erforderlichkeit bestimmter Stromleitungen und über die Abwägungen zu informieren, die uns veranlasst haben, einige Projekte für zwingend erforderlich zu halten – andere aber auch als nicht notwendig. Gerade letzte Woche haben wir zum wiederholten Mal einen breit angelegten Prozess gestartet, in dem wir unsere Berechnungen zu den Stromleitungen diskutieren, die wir in den nächsten zehn Jahren für erforderlich halten. Insbesondere die umstrittenen Nord-Süd-Gleichstromverbindungen haben sich ein weiteres Mal als notwendig erwiesen. Die Herausforderung dieser frühzeitigen Einbindung einer breiten Öffentlichkeit in die Diskussion ist allerdings, dass wir in einem Stadium starten, in dem der erforderliche Netzausbau noch recht abstrakt untersucht wird. Konkrete Betroffenheit einzelner Regionen und einzelner Bürger wird erst zu einem viel späteren Zeitpunkt eintreten, wenn wichtige Weichenstellungen längst vorgenommen worden sind. Daher suchen wir auch aktiv den Kontakt zu den Gegnern des Leitungsausbaus vor Ort, wenn ein Projekt konkreter wird.

Zum Beispiel treffen wir uns regelmäßig mit Vertretern von Bürgerinitiativen, die sich gegen den geplanten Bau einer neuen Stromleitung von Wilster in Schleswig-Holstein nach Grafenrheinfeld in Bayern (SuedLink) gebildet haben. Wir erklären auf vielen Veranstaltungen vor Ort, warum die Leitung aus unserer Sicht wirklich unverzichtbar für die Energiewende ist. Bildlich gesprochen ist sie gewissermaßen eine Hauptschlagader der Energiewende, wenn man den in Norddeutschland produzierten Windstrom zukünftig in die Verbrauchszentren in Süddeutschland transportieren will. Wir versuchen, die Entscheidungen der Bundesnetzagentur transparent zu machen und den Menschen zu erläutern, weshalb wir zu der Überzeugung gelangt sind, dass diese Leitung die richtige Maßnahme ist. Und wir werben dafür, unvermeidliche individuelle Belastungen hinzunehmen, damit wir das gemeinsame Ziel der Energiewende erreichen können. Dabei stoßen wir gelegentlich auf taube Ohren, sehr oft aber auch auf offene Ohren. Viele Bürger verstehen unsere Argumente und sind zu einem konstruktiven Dialog darüber bereit, wie sich die unvermeidlichen Belastungen soweit irgend möglich reduzieren lassen.

Aber es gibt auch hartnäckigen Widerstand. Widerstand, der mit Argumenten nicht überwindbar ist, weil er aus einem tiefen Misstrauen gegenüber jeglichem staatlichen Handeln gespeist wird. Transparenz stößt hier an ihre Grenzen. Wie es im Markus-Evangelium heißt, gilt aber nicht nur, „dass alles offenbar werde“, sondern darüber hinaus auch: „Wer Ohren hat, zu hören, der höre!“ Dabei handelt es sich um eine hebräische Redewendung aus der Zeit Jesu. Sie wurde von den Rabbis benutzt, wenn die Schüler sich etwas merken sollten. Es war damals ganz normal, dass Tora-Schüler fast die ganze Tora und deren Auslegung wörtlich wiedergeben konnten. Wenn also ein Lehrer sagte „Wer Ohren hat, zu hören, der höre!“ meinte er: „Prägt euch gut ein, was ich sage. Es ist wichtig.“ Transparenz erfordert also nicht nur, dass eine Seite Informationen zur Verfügung stellt. Sondern sie verlangt auch den Empfängern der Informationen, also den Bürgern, etwas ab. Nämlich, dass sie bereit sind, die Informationen aufzunehmen und bei ihrem Urteil zu berücksichtigen – ganz im Sinne der biblischen Aufforderung „Wer Ohren hat, zu hören, der höre!“ Die Herausforderung heute ist, dass die Informationsdichte so hoch ist, dass die Verarbeitung und Bewertung dieser Informationen immer schwieriger wird.

Die Bewertung einer Frage wird schwieriger, je mehr Informationen einfließen

müssen. Wer komplexe Fragen beantworten will, muss bereit sein, viele Aspekte zu berücksichtigen. Wer dies nicht tut, läuft Gefahr, zu einem falschen Ergebnis zu kommen. Beim Stromnetzausbau ist die Schwierigkeit der vertieften Diskussion und frühzeitigen Einbindung, dass es eine Diskussion von Experten mit Laien ist. Wer den Experten nicht traut, muss sich dieser Komplexität stellen, bevor er zu einer Bewertung kommt. Die Gefahr in einem solchen Prozess ist, dass die Bürger auf Komplexität reflexhaft reagieren und den Verantwortlichen unterstellen, unangenehme Tatsachen zu vernebeln. Einfach klingende Alternativen führen dann zu falschen Schlussfolgerungen. Und falsche Schlussfolgerungen ergeben falsche Forderungen.

Meine Damen und Herren,

die Energiewende in all ihren Facetten – dies ist nicht nur die künftige Stromversorgung, sondern dazu gehören auch der Wärmemarkt, die Mobilität, Energieeffizienz und Energiesparen sowie, ganz wichtig, die Einbettung der deutschen Energiewende in das europäische Umfeld – ist ein gigantisches Generationenprojekt. Sie muss gelingen! Viele Menschen in Deutschland und außerhalb Deutschlands setzen darauf, dass wir es schaffen und damit zugleich ein Vorbild für andere Länder geben. Es wäre daher ein fatales Versagen, wenn die Energiewende am kleinlichen Geschacher um kurzfristige Vorteile bei der EEG-Förderung oder um regionale Wertschöpfung scheitern würde. Das Gleiche gilt für die Verweigerung beim Bau der notwendigen Infrastruktur. Deshalb zurück zum Beginn meiner Rede: Die Energiewende wird nur gelingen, wenn wir sie als gemeinsame Aufgabe, als Gemeinschaftswerk, verstehen. Wenn Politik und Verwaltung ihre Entscheidungen erklären und ehrlich sind, welche Belastungen auf die Menschen zukommen. Die Kirche kann selber zum Gelingen beitragen, wenn sie dabei hilft, den Menschen die Augen dafür zu öffnen, dass die Energiewende nicht nur eine moralische und ethische Dimension hat, sondern auch eine ökonomische und technisch-physikalische Dimension. Dann werden die Menschen auch die unangenehmen Wahrheiten verstehen und akzeptieren. Denn: „Denn es ist nichts verborgen, das es nicht offenbar werde, und ist nichts Heimliches, das nicht hervorkomme. Wer Ohren hat, zu hören, der höre!“ Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Und ein besonderer Dank gilt meinen Kollegen aus der Bundesnetzagentur, Fiete Wulff und Christian Schütte, die für den musikalischen Wohlklang bei einem schwierigen Thema gesorgt haben.